Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933
1932

20.7.1932 (No. 167)

Visual Library

Nr. 167 — Mittwoch, den 20. Juli 1932 — 175. Jahrgang

Expedition: Karl-Friedrich-Straße Nr. 14
Fernsprecher Nr. 953 und 954
Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 8515

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: Chefredakteur C. Amend, Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3 Reichsmark. — Einzelnummer 10 Reichspfennig. Samstags 15 Reichspfennig. — Anzeigengebühr: 14 Reichspfennig für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tariffester Rabatt, der als Kassenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen 4 Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Straße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Beitreibung und Konkursverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Aussperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfange oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsschluß erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Ausnahmezustand für Berlin und Brandenburg

CNB. Berlin, den 20. Juli. (Priv.-Tel.) Eine Notverordnung des Reichspräsidenten ordnet den Ausnahmezustand für Großberlin und die Provinz Brandenburg an.

*

WTB. **Berlin**, 20. Juli. (Tel.) In der Begründung zur Notverordnung heißt es:

Die blutigen, von **kommunistischer Seite** hervorgerufenen **Unruhen** haben die Reichsregierung vor die schwere Aufgabe gestellt, von sich aus für Ruhe und Sicherheit im größten Land Deutschlands zu sorgen. In den **übrigen deutschen Ländern**, in denen die Polizeibehörden straff geleitet werden, besteht keine Befürchtung, daß kommunistische Umtriebe Erfolg erzielen. Die Reichsregierung bedauert lebhaft, daß diese Voraussetzungen für Preußen nicht in dem notwendigen Umfang zutreffen, obgleich die ordentlichen **Polizeiorgane** durch Einsatz von Person und Leben der Beamten sich bemüht haben, der offenbar von langer Hand vorbereiteten Unruhen Herr zu werden. In Preußen hat die Reichsregierung die Beobachtung machen müssen, daß **Planmäßigkeit** und **Zielbewußtheit der Führung** gegen die **kommunistische Bewegung** fehlen. Es ist kein Zufall, daß gerade in Preußen die kommunistische Kampfesorganisation am straffsten und erfolgreichsten aufgetreten ist und an den verschiedensten Orten ernste und blutige Unruhen hervorgerufen hat.

Es besteht der **begründete Verdacht, daß hohe preußische Dienststellen in Berlin** und an anderen wichtigen Punkten nicht mehr die **innere Unabhängigkeit besitzen**, die zur Erfüllung ihrer Aufgabe notwendig ist. Dadurch ist in weiten Kreisen der Behörden, der Exekutivbeamten, sowie der Bevölkerung die **staatliche Autorität erschüttert**. Verschärft ist dieser Eindruck in der Öffentlichkeit durch die **ungezügelten scharfen Angriffe des preußischen Ministers des Innern und anderer hoher Beamter gegen die Reichsregierung**. Die notwendige **vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen Reichsregierung und Landesregierung ist durch dieses Auftreten unmöglich gemacht** worden. Unter diesen unerträglichen Zuständen ist die vorübergehende Zusammenfassung der Machtmittel des Reiches und Preußens in der Hand des Reichskanzlers als Reichskommissar für Preußen der einzige Weg zur raschen Befriedung des größten deutschen Landes.

Der Befehlshaber von Berlin und Brandenburg

WTB. **Berlin**, 20. Juli. (Tel.) Polizeipräsident **Grezinsky** und Polizeivizepräsident **Weiß** sind von ihren Posten zurückgetreten, ebenso der Kommandeur der Berliner Schutzpolizei. Reichswehrminister **v. Schleicher** hat dem Befehlshaber des Wehrkreises III, Generalleutnant **v. Rundstedt die polizeiliche Vollmacht** für Berlin und die Provinz Brandenburg übertragen.

Gegen den Kampf mit der Waffe

In dem über die deutschen Sender am Dienstagabend gegebenen Nachrichtendienst der Dradag wurde eine Erklärung der Reichsregierung verlesen, in der es u. a. heißt:

Die **Länderregierungen** sind ersucht worden, die aus dem Verbot von Versammlungen unter freiem Himmel und Aufzügen sich ergebende Entlastung der Polizei dazu auszunutzen, um die **Schlupfwinkel** und **Waffenlager** der **Kommunisten**, deren Vorhandensein durch die Altonaer Vorgänge erwiesen ist, nachdrücklichst auszuheben und damit die Grundlage für eine künftige ruhigere Gestaltung öffentlicher Veranstaltungen zu schaffen. Die Reichsregierung wird dem Herrn Reichspräsidenten nötigenfalls **weitere Maßnahmen** gegen diejenigen vorschlagen, die künftig den **politischen Kampf mit der Waffe** in der Hand oder gar unter verbrecherischer Verwendung von **Sprengstoff** führen sollten. Das deutsche Volk kann darauf vertrauen, daß die Reichsregierung durchgreifen wird.

Der preußische Staatsrat wünscht Uniformverbot

Im preußischen Staatsrat kam es am Dienstagabend zu einer umfangreichen politischen Aussprache, zu der der sozialdemokratische Antrag, der die **Wiedereinführung des Uniformverbots** verlangt, Anlaß gab. Auch das Zentrum hatte einen Antrag eingebracht, der die Regierung ersucht, mit allen Mitteln für die Wiederherstellung geordneter Zustände zu sorgen und in diesem Sinne auch auf die Reichsregierung einzuwirken. Insbesondere wird es als dringend notwendig bezeichnet, daß über die Beschränkung der Demonstrationsfreiheit hinaus das Uniformverbot wieder eingeführt und gegen jeden ungesetzlichen **Waffen- und Sprengstoffbesitz** mit unnachsichtlicher Strenge vorgegangen wird. Die Aussprache über diese Anträge gestaltete sich außerordentlich erregt. In der **Abstimmung** wurde der Antrag des Zentrums mit den Stimmen des Zentrums und der Sozialdemokraten angenommen, nachdem die Sozialdemokraten ihren eigenen Antrag zurückgezogen hatten.

Mellon fährt nach Amerika. Der amerikanische Botschafter in London, Mellon, wird sich zu einem einmonatigen Urlaub nach Amerika begeben. Obwohl sein Besuch in den Vereinigten Staaten offiziell der Regelung von privaten Geschäftsinteressen gilt, meint „Evening Standard", es sei zu erwarten, daß er mit Hoover und Stimson eingehend die **Kriegsschuldenfrage** erörtern werde.

Letzte Nachrichten

Reichskanzler von Papen Reichskommissar von Preußen

Dr. Bracht sein Bevollmächtigter

CNB. Berlin, den 20. Juli. (Priv.-Tel.) Im Anschluß an den Empfang der preußischen Minister Hirtsiefer und Severing beim Reichskanzler verlautet, daß der Reichskanzler von Papen Reichskommissar für Preußen und Oberbürgermeister Dr. Bracht, Essen, sein Bevollmächtigter werden wird.

(Dr. Bracht steht dem Zentrum nahe und war im ersten Kabinett Marx Staatssekretär der Reichskanzlei. Red.)

*

Kurz darauf wurde folgende Verordnung des Reichspräsidenten betreffend die Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im Gebiet des Landes Preußen vom 20. Juli 1932 bekanntgegeben:

Auf Grund des Art. 48, Abs. 1 und 2 der Reichsverfassung verordne ich zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im Gebiet des Landes Preußen folgendes:

§ 1.

Für die Geltungsdauer dieser Verordnung wird der Reichskanzler zum Reichskommissar für das Land Preußen bestellt. Er ist in dieser Eigenschaft ermächtigt, die Mitglieder des preußischen Staatsministeriums ihres Amtes zu entheben. Er ist weiter ermächtigt, selbst die Dienstgeschäfte des preußischen Ministerpräsidenten zu übernehmen und andere Personen als Kommissare des Reiches mit der Führung der preußischen Ministerien zu betrauen.

Dem Reichskanzler stehen alle Befugnisse des preußischen Ministerpräsidenten, den von ihm mit der Führung der preußischen Ministerien betrauten Personen innerhalb ihres Geschäftsbereiches alle Befugnisse der preußischen Staatsminister zu. Der Reichskanzler und die von ihm mit der Führung der preußischen Ministerien betrauten Personen üben die Befugnisse des preußischen Staatsministeriums aus.

§ 2.

Diese Verordnung tritt mit dem Tage ihrer Verkündung in Kraft.

Neudeck und Berlin, den 20. Juli 1932.

(gez.) v. Hindenburg.
(gez.) v. Papen.

Braun und Severing ihrer Aemter enthoben

CNB. Berlin, den 20. Juli. (Priv.-Tel.) Der preußische Ministerpräsident Braun und der preußische Minister des Innern Severing sind ihrer Ämter enthoben worden.

*

CNB. **Berlin**, 20. Juli. (Priv.-Tel.) Zu den Vorgängen, die sich bei dem Erlaß und der Durchführung der heutigen Notverordnung abgespielt haben, erfahren wir noch folgendes:

Um 10 Uhr vormittags hatte der Reichskanzler die preußischen Minister **Severing, Hirtsiefer** und **Klepper** zu sich gebeten, um ihnen die vorbereitete Verordnung und die Enthebung des Ministerpräsidenten Braun und des Innenministers Severing mitzuteilen, sowie gleichzeitig den an den früheren Oberbürgermeister von Essen, Dr. **Bracht**, erteilten Auftrag zur Wahrnehmung der Geschäfte des preußischen Ministers. Auf das Ersuchen, diesem sein Amt zu übergeben, **weigerte** sich der bisherige preußische Innenminister Severing mit der Begründung, er bezweifle das verfassungsmäßige Zustandekommen der Verordnung, und er werde **nur der Gewalt weichen**. Der Reichskanzler erwiderte, daß die Frage der Verfassungsmäßigkeit zwar durch den **Staatsgerichtshof** zu prüfen, aber einstweilen eine mit den Unterschriften des Reichspräsidenten und des Reichskanzlers vorliegende **Verordnung** rechtsgültig sei.

Daraufhin wurde der **Ausnahmezustand über Berlin und die Provinz Brandenburg verhängt.** Inhaber der vollziehenden Gewalt ist der Wehrkreiskommandeur General Rundstedt; ihm untersteht auch die Polizei in Berlin und Brandenburg.

Im Zusammenhang mit den Notmaßnahmen der Reichsregierung wird betont, daß die **verfassungsmäßige Selbständigkeit des Landes Preußen** und seiner Regierung in **keiner Weise angetastet** werden solle, daß also die von den Maßnahmen nicht betroffenen Mitglieder der preußischen Regierung ihre Ämter weiter versehen. Eine Erklärung, wie sich diese Minister zu dem Sachverhalt stellen, liegt allerdings bis zur Stunde noch nicht vor; der preußische Wohlfahrtsminister **Hirtsiefer** und der Finanzminister **Klepper** haben sich zwar mit der Stellungnahme Severings bei der Aussprache mit dem Reichskanzler identifiziert, sie sind aber von den Maßnahmen des Reichskommissars nicht betroffen.

*Die Komödie von Genf

Man kann es nicht anders als eine Komödie nennen, was sich dort in Genf auf der **Abrüstungskonferenz** abspielt. Mehrere Monate sind ins Land gegangen, und die Konferenz ist ihrem eigentlichen Ziele, der Abrüstung nach deutschem Muster, auch **nicht um einen Millimeter näher gekommen.**

Nachdem man sich in den ersten Monaten durch den **Tardieu'schen Plan der Errichtung einer Völkerbundsarmee** gründlich hatte aus dem Konzept bringen lassen, ist man dann später, als dieser Plan der allgemein erwarteten Ablehnung verfiel, in jenen Zustand der Lethargie geraten, wie er ja für alles, was in Genf geschieht, so überaus bezeichnend ist. Freudig begrüßte man alle Unterbrechungen der Abrüstungskonferenz, so vor allem die große Unterbrechung in **Lausanne**, um ja nicht positive Entschlüsse fassen zu müssen.

Der **amerikanische Vorschlag**, sämtliche Rüstungen sofort **um ein Drittel** zu kürzen, bildete ein kurzes und unruhiges Intermezzo. Aber sehr bald wurde auch dieser Vorschlag zu den Akten gelegt. Ebensowenig ging man auf ganz bestimmte **russische** Vorschläge ein. Und ebensowenig kümmerte man sich um die **Forderung des deutschen Volkes**, daß dann, wenn eine Abrüstung nach deutschem Muster einstweilen noch nicht zu erreichen sein sollte, wenigstens die **Gleichberechtigung Deutschlands** auf dem Gebiet der Rüstungen wieder hergestellt werden müsse.

So ist man bei einem trostlosen und ermüdenden Hin- und Her bis dicht vor den 1. August gelangt. Und selbstverständlich drängt jetzt alles nach einem provisorischen Abschluß der Beratungen, um den Hochsommer in gesegneteren Fluren genießen zu können, als sie das Genfer Pflaster darbietet.

Das Ergebnis von **Lausanne** hat nichts dazu beigetragen, um die Abrüstungskonferenz zu entscheidenden Entschlüssen zu ermuntern. Im Gegenteil! Der **französische Widerstand**, der in Lausanne siegreich war, hat sich auch in Genf wieder geltend gemacht. Um wenigstens der Öffentlichkeit **etwas** bieten zu können, haben sich in den letzten Tagen die Vertreter Frankreichs, Englands, Italiens und der Vereinigten Staaten über den Entwurf einer **Vertagungsresolution** geeinigt, die gewisse **Herabsetzungen der Rüstungsausgaben** enthalten soll.

Natürlich ist diese Vertagungsresolution nur ein Salto mortale, mit dem man sich über die Tatsache des **einstweiligen, völligen Fiaskos** hinweghilft. Immerhin bedeutet die Tatsache der Vertagung das Eingeständnis, daß die in der Resolution erwähnten Herabsetzungen nur einen **Anfang** und nicht etwa den Abschluß der Abrüstung darstellen sollen.

Die Frage ist jetzt die, wie sich Rußland und wie sich **Deutschland** zu dieser Resolution stellen werden. Ihr Text ist heute dem Leiter der deutschen Abordnung, Herrn Nadolny, durch Herriot mitgeteilt worden. Die deutsche Abordnung wird also zu entscheiden haben, ob sie die Resolution **annimmt oder nicht.** Was die Forderung der **Gleichberechtigung** betrifft, so haben wir immer noch die Möglichkeit, in aller Form zu beantragen, daß sich der Hauptausschuß der Konferenz mit ihr beschäftigt. Würden wir von dieser Möglichkeit Gebrauch machen, so müßte sich die Konferenz in irgendeiner Weise dazu äußern. Wahrscheinlich würde diese Äußerung so sein, daß sie uns zwingt, der Abrüstungskonferenz und damit vielleicht dem ganzen Völkerbund den Rücken zu kehren. Offenbar hat es Frankreich darauf abgesehen, uns eine solche Erklärung abzulisten, um dann hernach sagen zu können, daß die Konferenz infolge des deutschen Widerspruchs aufgeflogen sei, daß Deutschland die Verantwortung dafür zu tragen habe.

Man wird sich also zunächst die Schritte in Genf sehr genau zu überlegen haben. Und es wird sehr darauf ankommen, was die Vertreter Englands, Italiens und der Vereinigten Staaten Herrn Nadolny sonst noch mitzuteilen haben. Sind diese Mitteilungen für die Zukunft einigermaßen ermutigend, so wird die deutsche Abordnung wohl **gute Miene zum bösen Spiel** machen und die Fortsetzung der Beratungen im Herbst abwarten. Daß die Frage der Abrüstung und damit verbunden die Frage der Gleichberechtigung Deutschlands im Herbst entschieden werden **muß**, versteht sich für jeden Deutschen von selbst. So oder so wird in Genf eine Entscheidung fallen müssen. Die Komödie muß ein Ende haben.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK — Baden-Württemberg

21 Reichswahlvorschläge amtlich zugelassen

Der Reichswahlausschuß trat am Dienstag unter dem Vorsitz des Reichswahlleiters, Professor Dr. **Wagemann** zur Prüfung und Zulassung der eingereichten Reichswahlvorschläge zusammen. Es wurden, wie amtlich mitgeteilt wird, folgende 21 Reichswahlvorschläge für gültig erklärt und zugelassen:

1. Sozialdemokratische Partei Deutschlands.
2. Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (Hitler-Bewegung).
3. Kommunistische Partei Deutschlands.
4. Deutsche Zentrums-Partei.
5. Deutschnationale Volkspartei.
8. Deutsche Staatspartei.
9. Bayerische Volkspartei.
11. Christlich-Sozialer Volksdienst (Evangelische Bewegung).
12. Deutsche Bauernpartei.
14. Landbund.
15. Deutsch-Hannoversche Partei.
18. Höchstgehalt der Beamten: 5000 *RM*.
19. Deutsche Einheitspartei für wahre Volkswirtschaft, Unterstützungsempfängerpartei Deutschlands.
20. Deutsche Sozialistische Kampfbewegung.
21. Nationale Minderheiten in Deutschland.
22. Nationale Liste, Großdeutsche Freiheitsbewegung gegen Unsozialismus.
23. Schicksalsgemeinschaft deutscher Erwerbslosen (Erwerbslosenfront).
24. Kampfgemeinschaft der Arbeiter und Bauern.
25. Freiwirtschaftliche Partei Deutschlands (Partei für krisenfreie Volkswirtschaft).
26. Gerechtigkeitspartei für Parteienverbot, gegen Lohn-, Gehalts- und Rentenkürzungen, für Arbeitsbeschaffung.
27. Deutsche Volksgemeinschaft.

Diese Reichswahlvorschläge sind für gültig erklärt und zugelassen unter der Voraussetzung, daß an diese Reichswahlvorschläge angeschlossene Kreiswahlvorschläge eingereicht und zugelassen worden sind, andernfalls die zugelassenen Reichswahllisten nachträglich wieder gestrichen werden.

Bei den vom Reichswahlleiter amtlich zugelassenen Wahlvorschlägen fällt auf, daß die Nummern 6, 7, 10, 13, 16 und 17 fehlen. Das erklärt sich daraus, daß diese Nummern ursprünglich für die Deutsche Volkspartei, die Wirtschaftspartei, das Landvolk, die Konservative Volkspartei, die Volksnationale Reichsvereinigung und die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands vorgesehen waren, die indessen keine Wahlvorschläge eingereicht haben.

Die Wahlvorschläge der „Partei der Erwerbslosen — Für Arbeit und Brot", der „Einheitsbewegung aller Schaffenden", des „Deutschen Staatsbürgerbundes" und einer „Katholisch-Sozialen Nationalpartei" sind entweder nicht eingereicht oder nicht als gültig anerkannt worden.

Die Verfassungsfeier der Reichsregierung

Die preußische Staatsregierung hatte vor einiger Zeit an die Reichsregierung das Ersuchen gerichtet, eine Verfassungsfeier am 11. August gemeinsam mit der preußischen Regierung zu veranstalten. In früheren Jahren war ähnlich verfahren worden. Es wird jetzt bekannt, daß die Reichsregierung der preußischen Staatsregierung eine Absage erteilt hat, und zwar wird die Nichtteilnahme an der Verfassungsfeier mit Sparsamkeitsmaßnahmen begründet. Ob die Reichsregierung eine eigene Verfassungsfeier überhaupt veranstalten wird, muß abgewartet werden.

Neue Bestimmungen über den Waren- und Devisenverkehr

Die Verhandlungen zwischen der deutschen und der schweizerischen Regierung sind nunmehr zu einem vorläufigen Abschluß gekommen. Importeuren Schweizer Waren wird auf Antrag die Genehmigung gegeben werden, über ihre Devisenkontingente hinaus auf ein **Sonderkonto** bei der Deutschen **Reichsbank** zugunsten der Schweizerischen Nationalbank in einem bestimmten Umfange Reichsmarkzahlungen vorzunehmen. Über das Sonderkonto wird zur Bezahlung deutscher Waren, die nach der Schweiz ausgeführt werden, verfügt werden. Die schweizerische Regierung wird u. a. die Einfuhr der sog. Kompensationswaren (Malz, Zucker und Kohle) aus Deutschland in der bisherigen Höhe auch für die Monate Oktober, November und Dezember sicherstellen. Das Reiseabkommen ist bis zu Ende Dezember verlängert. Weiter ist deutscherseits eine **Herabsetzung der Zölle** auf gewisse Vorhangstoffe, schweizerischerseits die Herabsetzung der Zölle für Spielwaren (ausgenommen solche aus Holz oder Aluminium) zugesagt. Das Abkommen tritt am 1. August in Kraft und gilt bis Ende Dezember dieses Jahres.

Weitere Verhandlungen zwischen den beteiligten Regierungen werden im Dezember gepflogen werden.

Schutz dem Binnenmarkt

Die **Konferenz der Ernährungs- und Landwirtschaftsminister** der deutschen Länder, die unter dem Vorsitz des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft, Frhr v. Braun am 19. Juli in München stattfand, befaßte sich, nach Mitteilung von zuständiger bayerischer Seite, eingehend mit der schwierigen Lage der deutschen Landwirtschaft. Die Konferenz begrüßte die Lösung des **deutsch-schwedischen Handelsvertrages,** die Beseitigung der Zwischenzölle für Speck und Schmalz und die Kontingentierung der Frühkartoffeleinfuhr als einen Anfang zur Errichtung eines wirksamen Schutzes der land- und forstwirtschaftlichen Erzeugnisse. Die Konferenz gab der Erwartung Ausdruck, daß auf diesem Wege mit Tatkraft fortgeschritten würde, zumal die unverändert anhaltenden protektionistischen Tendenzen in der Welt und die unverminderte Weltkrise immer mehr auf die Wiederherstellung und **Pflege des Binnenmarktes** hinweisen. Würde der Binnenmarkt in nächster Zeit nicht mit Entschlossenheit geschützt, so würde er unter dem Einfluß der Weltkrise weiter verarmen und schließlich völlig zerstört werden.

Der Vertrauenspakt. Der deutsche Geschäftsträger in London, Graf **Bernstorff,** hat im Auftrage der deutschen Regierung im Foreign Office eingehendere Informationen über das englisch-französische Vertrauensabkommen eingeholt. — Das tschechische Pressebüro meldet aus Genf, daß Dr. **Benesch** mit **Herriot** eine längere Unterredung gehabt hat, hauptsächlich über die Frage des Vertrauenspaktes. Minister Dr. Benesch konnte feststellen, daß die Tschechoslowakei dazu einen positiven Standpunkt einnehmen werden.

Der belgische Kohlenstreik hat sich, dem „Soir" zufolge, von der Borinage auf das Kohlengebiet der Campine in Nordbelgien ausgedehnt, wo ungefähr 10 000 Bergarbeiter in den Streik getreten sind.

Die Aufgabe des freiwilligen Arbeitsdienstes

Der Reichskommissar äußert sich

Der zum Reichskommissar für den Arbeitsdienst ernannte Präsident Dr. Syrup erläuterte vor Vertretern der Presse die Aufgaben des freiwilligen Arbeitsdienstes, der künftig die jungen Deutschen allgemein ohne Unterschied der Herkunft, der Berufsbildung und der Weltanschauung zusammenfassen soll zu gemeinsamer nutzbringender Arbeit für die Volksgemeinschaft. Innerhalb dieses erweiterten Personenkreises müsse die **arbeitslose Jugend** wie bisher eine besondere Berücksichtigung erfahren.

Eine weitere wesentliche Änderung bestehe darin, daß künftig allgemein bei volkswirtschaftlichen wertvollen Maßnahmen die Höchstdauer, für die der einzelne Arbeitsfreiwillige gefördert werden kann, von bisher 20 Wochen auf 40 Wochen ausgedehnt worden ist.

Im Mittelpunkt des Arbeitsdienstes müsse die ernsthafte Arbeit stehen. Entscheidend für das Gelingen dieser hochgesteckten Ziele sei die Lösung der **Führerfrage.** Schematismus und Bürokratismus jeder Art seien gerade auf diesem Gebiet von Übel. Man könne bereits beobachten, daß Führertypen besonderer Prägung sich herausbilden können. Ich halte es, betonte Dr. Syrup, für meine Aufgabe, diese Entwicklung mit Nachdruck zu unterstützen. Die 55 Millionen Reichsmark, die bisher für die Zeit bis zum 31. März nächsten Jahres zur Verfügung stehen, ermöglichen bei einer Förderung bis zu 2 *RM* je Kost und Arbeitstag, etwa **30 Millionen Tagewerke im freiwilligen Arbeitsdienst** auszuführen. Trotz dieser begrüßenswerten Ausdehnung des Arbeitsdienstes wird sich die breite Öffentlichkeit darüber klar sein müssen, daß die **Not des kommenden Winters** noch darüber hinaus Gegenstand ernster Anstrengungen und lebhafter Sorge sein muß.

Dr. Syrup schloß: Auf Grund der Erfahrungen der nächsten Monate werde ich der Reichsregierung das gewünschte Gutachten darüber erstatten, ob und unter welchen Voraussetzungen die **Einführung einer Arbeitsdienstpflicht** in Deutschland geboten ist.

In Ergänzung der Ausführungen des Reichskommissars für den freiwilligen Arbeitsdienst erfahren wir, daß schon auf Grund der ersten Veröffentlichungen über den freiwilligen Arbeitsdienst den beteiligten Stellen eine solche **Unzahl von Angeboten** aller Art, sowohl von Menschen, wie auch an Material, gemacht worden ist, daß deren Bearbeitung die Arbeitskräfte der beteiligten Stellen fast vollkommen lahmlegen würde. Da aber erst der Verwaltungsapparat für den freiwilligen Arbeitsdienst so klein und billig wie möglich gehalten werden muß, dient es nur der Sache, wenn solche Angebote sich nicht wiederholen.

Die Nationalsozialisten und die Reichsregierung

Die Darstellung der katholischen Presse über die **Beziehungen** der **Nationalsozialisten** zur **Reichsregierung** und Äußerungen des Reichskanzlers von Papen gegenüber Zentrumsvertretern über Bedingungen der Nationalsozialisten für eine **Koalition** mit dem Zentrum ist, wie von zuständiger Seite erklärt wird, im wesentlichen zutreffend. Nicht richtig allerdings ist, daß der Reichskanzler die Äußerung getan haben soll, die Nationalsozialisten seien auf die Bedingung, das Zentrum müsse die Opposition gegen ihn einstellen, versessen gewesen.

Politische Ausschreitungen

In einer Versammlung der Bayerischen Volkspartei in **Memmingen** kam es zu schweren Ausschreitungen. Nationalsozialisten drangen mit erhobenen Stühlen und Biergläsern gegen die Rednertribüne vor. Es kam zu einer regelrechten **Saalschlacht.** Der Schriftleiter des Memminger Volksblattes, Dr. Fink, wurde durch einen Stuhl am Kopf schwer verletzt.

Von den Schwerverletzten der Unruhen am Sonntag in **Altona** ist ein weiterer seinen Verletzungen erlegen, so daß sich die **Zahl der Todesopfer** auf insgesamt **16** erhöht. Drei weitere Schwerverletzte schweben noch in Lebensgefahr.

Kurze Nachrichten

Zeitungsverbote und Urteilsverfügungen. Die **kommunistische Tageszeitung** für den Bezirk Halle-Merseburg, „Der Klassenkampf", ist vom Oberpräsidenten der Provinz Sachsen auf die Dauer von drei Tagen verboten worden. — Die Ferienzivilkammer des Landgerichts Kiel verurteilte den **preußischen** Staat zu **Schadenersatzleistung** an die „Kieler Zeitung" wegen des vom Oberpräsidenten der Provinz Schleswig-Holstein am 19. März d. J. ausgesprochenen Verbotes des Blattes. — Das Landgericht Kiel verkündete in dem Prozeß **Hitler** gegen die **„Schleswig-Holsteinische Volkszeitung"** das Urteil. Dem Beklagten, Hauptschriftleiter Wurbs, wird bei Vermeidung einer vom Gericht festzusetzenden Geld- oder Haftstrafe **verboten,** in der „Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung" zu behaupten, Hitler habe den **Bürgerkrieg vorbereitet,** er habe Putschanweisungen und die Aufforderung erlassen, Waffen und Lebensmittel zu requirieren und die öffentlichen Gebäude und Kassen zu besetzen.

Rückgang der Arbeitslosigkeit in Italien. Nach den amtlichen Feststellungen belief sich die Zahl der Arbeitslosen am 30. Juni auf 905 000, was eine Abnahme von 64 000 gegenüber Ende Mai darstellt.

Offensive gegen Sao Paulo. Wie die Blätter melden, soll die **brasilianische Regierung** beschlossen haben, eine Offensive größeren Stils mit 40 000 Mann Regierungstruppen gegen die Aufständischen des Staates Sao Paulo einzuleiten.

Neue Kämpfe in der Mandschurei. Times zufolge ist es in der Provinz **Jehol** (Mandschurei) zu Kämpfen zwischen **Chinesen** und **Japanern** gekommen. Von chinesischer Seite wird gemeldet, daß japanische Flugzeuge die Stadt Tschaohang, nordwestlich von Tschintschau, mit Bomben beworfen hätten.

Der Baumeister. Wie man in den Vereinigten Staaten Kleinhäuser baut, darüber erfährt man Näheres an Hand von Ansichten und Konstruktionseinzelheiten im Juliheft der bekannten Münchner Bauzeitschrift **„Der Baumeister".** Sie stammen von Dipl.-Ing. Walter **Baumgarten,** der sich zur Zeit in USA. aufhält. Der weitaus größte Teil aller amerikanischen Wohnhäuser wird in Holz errichtet, in Stein eigentlich nur die moderne Mietskaserne der Neuzeit. Infolgedessen hat sich der amerikanische Holzhausbau im Formalen wie im Konstruktiven zu hoher Vollkommenheit entwickelt, so daß er auch uns in vieler Beziehung vorbildlich sein kann. Wir lernen die drei wichtigsten Holzbauarten, die „Braced-", „Balloon-" und „Western-Frame-Construction" im „Baumeister" ausführlich kennen, und es verdient hervorgehoben zu werden, daß diese drei Arten eine große Mannigfaltigkeit der Bauweise im Äußeren wie im Konstruktiven zulassen, so daß jede Monotonie vermieden wird. Auch sonst bietet das Baumeister-Heft noch vieles Beachtenswerte.

Genf vor einem gewissen Abschluß

Der Resolutionsentwurf fertiggestellt

Die privaten Besprechungen zwischen der amerikanischen, englischen, französischen und italienischen Delegation über den **Resolutionsentwurf,** der dem Hauptausschuß der Abrüstungskonferenz vorgelegt werden soll, sind mit einer gemeinsamen Sitzung der vier Mächte im Sitz der englischen Delegation abgeschlossen worden.

Die Seerüstungsfragen spielten in den Besprechungen keine besondere Rolle mehr. Im Herbst sollen die fünf Hauptmächte (Amerika, Japan, England, Frankreich, Italien) in London die Beratungen über den Hoover-Plan aufnehmen. In den privaten Besprechungen war man auch bemüht, die Lücken des Benesch-schen Resolutionsentwurfes hinsichtlich der **schweren Artillerie** der **Tanks** und des **Bombenabwurfes** zu schließen. Der zwischen den vier Mächten vereinbarte Text enthält mit unwesentlichen Abänderungen die bereits bekannten Grundgedanken des Entwurfes, den der Berichterstatter der Konferenz, der tschechoslowakische Außenminister Benesch, ausgearbeitet hat. Auch die Formulierung, in der die Frage der Gleichberechtigung beiseite geschoben wird, soll in den Text übergegangen sein.

Der **deutsche Delegierte** auf der Abrüstungskonferenz, Botschafter Nadolny, hatte nach Abschluß der Viermächteberatungen eine Unterredung mit dem französischen Ministerpräsidenten Herriot.

Ein Meteor in der Pfalz gefallen

Am Dienstagmorgen zwischen ½ und ¾4 Uhr ging in dem Viereck Kaiserslautern—Neustadt—Hasloch—Frankenthal—Grünstadt—Bad Dürkheim ein **Meteor** nieder. Dieser Meteor wurde nicht nur in der Pfalz, sondern auch in **Baden,** in der Gegend von Heidelberg, Wiesloch, Schwetzingen und Bruchsal beobachtet. Der Meteor, der den Himmel vollkommen hell machte, war in der **Pfalz zu Boden gestürzt,** wahrscheinlich kurz zuvor explodiert. Die Erschütterung war so stark, daß man an die seinerzeitige große Explosion der Stickstoffabrik von Oppau erinnert wurde. Auch auf der Heidelberger Sternwarte ist der starke Knall wahrgenommen worden. Verschiedentlich war im Publikum die Meinung verbreitet, daß der kürzlich von der Heidelberger Sternwarte entdeckte Planet „Reimuth", der als einziger Planetuit die Erdbahn kreuzt, bei diesem Meteor in Frage komme. Der Astronom Dr. Reimuth erklärt aber im „Heidelberger Tagblatt", diese Furcht sei unbegründet. Der von ihm entdeckte Planetuit habe einen Umfang von etwa 4—6 Kilometer und er würde bei seinem Aufprall auf die Erde mindestens ein zehnfach so großes Erdgebiet verwüsten. Der Planetuit komme im Jahre 1940 der Erde besonders nahe.

Kleine Chronik

Im August werden die **„Zeppelin"-Verkehrsfahrten** nach Südamerika wieder aufgenommen. Sie finden im Abstand von 14 Tagen an folgenden Tagen statt: 15. August, 29. August, 12. September und 10. Oktober. Zur Postbeförderung sind zugelassen gewöhnliche und eingeschriebene Briefsendungen und gewöhnliche Pakete, die die besondere Aufschrift „Mit Luftschiff Graf Zeppelin" tragen müssen.

Das Flugzeug „San José" der Panamerikanischen Flugverkehrsgesellschaft, das am Samstag auf dem Wege von Santiago de Chile nach Buenos Aires verschollen war, ist in der Nähe der einsam gelegenen chilenischen Farm Santa Rosa im Las Condas-Tal **völlig zerstört** im Schnee begraben aufgefunden worden. Alle **zehn Insassen sind tot.** Man nimmt an, daß die Maschine gegen einen Sturm in den Cordilleren anzukämpfen hatte, und daß sie von der Last und den Schneemassen niedergedrückt wurde. Die Maschine dürfte, als der Pilot nach einem geeigneten Landungsplatz suchte, auf dem Boden aufgeprallt und dabei völlig zerstört worden sein.

Der Revolutionären Gewerkschafts-Opposition in **Gladbach-Rheyd,** ist es gelungen, in fünf größeren **Textilfabriken** die Belegschaft zu einem **wilden Streik** zu organisieren. Nach Schätzungen der Textilarbeitergewerkschaften sind gestern etwa 3000 Textilarbeiter den Betrieben ferngeblieben.

Durch ein Großfeuer im polnischen Dorfe Modliszowice bei Kielce wurde fast die ganze **Ortschaft eingeäschert.** Insgesamt fielen 50 Wohnhäuser und 100 Wirtschaftsgebäude mit allem Inventar den Flammen zum Opfer. Im Dorfe Golonka im Kreise Radomsko brannten 15 Wohnhäuser, 17 Scheunen und 12 Kuhställe nieder.

Die Hamburger Zollfahndungsstelle hat einen groß angelegten **Schmuggel in Kaffee** entdeckt. Acht Personen wurden verhaftet.

Zu Meldungen über angebliches Auftreten des gefürchteten **Kartoffelkäfers** in Deutschland wird amtlich mitgeteilt, daß dieser Käfer zur Zeit **nirgends** in Deutschland **festgestellt** worden ist.

Auf der Wasserkuppe ist der Breslauer Segelflieger **Rüdiger** mit seinem Apparat „Der Senator" **tödlich abgestürzt.**

Der Staatsanwalt stellte im **Devaheim-Prozeß** folgende **Strafanträge:** Gegen Pastor **Cremer** und **Clausen** drei Jahre Gefängnis, gegen **Jeppel** zweieinhalb Jahre Gefängnis.

In Dientsin, Nanking und Schanghai sind mehr als 2000 Personen an **Cholera** erkrankt, 200 Menschen sollen gestorben sein.

Badischer Teil

Die Ausübung polizeilicher Befugnisse

Von der Pressestelle beim Staatsministerium wird mitgeteilt:

** In letzter Zeit haben Gruppen politischer Organisationen wiederholt eine Mitwirkung zur Unterstützung der Polizeikräfte bei Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung beansprucht. Dieses Verlangen wurde von der Polizei selbstverständlich abgelehnt. Mögen die politischen Organisationen innerhalb der eigenen Reihen für Ordnung sorgen. Die Ausübung polizeilicher Funktionen kommt ausschließlich den Polizeibehörden und -beamten zu. Es wird darauf hingewiesen, daß eine Anmaßung polizeilicher Befugnisse durch das Gesetz vom 16. Oktober 1923 „über die Ausübung polizeilicher Befugnisse" verboten und strafbar ist.

Politische Demonstrationen in Kurorten

Die Demonstrationen der Nationalsozialisten in Baden-Baden und die damit verbundenen Zusammenstöße politischer Gegner haben in den an einen geordneten Kurbetrieb interessierten Kreisen eine lebhafte Beunruhigung ausgelöst. Durch das inzwischen ergangene allgemeine Demonstrationsverbot dürften die ausgesprochenen Besorgnisse im wesentlichen beseitigt sein.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Der badische Staatspräsident zu politischen Gegenwartsfragen

In den überfüllten Räumen der Festhalle sprach gestern abend im Rahmen einer **Zentrumskundgebung** der badische Staatspräsident Dr. **Schmitt**. Er betonte, daß durch das **neue Demonstrationsverbot** der Reichsregierung jener Schritt der **drei süddeutschen Ministerpräsidenten** in Berlin seine Rechtfertigung gefunden habe, durch den sie gegen die Aufhebung des Verbots protestierten. Sie seien damals spöttisch als die Heiligen Drei Könige bezeichnet worden, hätten aber nach Berlin weder Gold nach Weihrauch, sondern die bitteren Myrrhen ernster Warnungen gebracht. Sie seien nicht aus separatistischer Neigung, sondern aus tiefster Besorgnis um das Wohl des deutschen Volkes nach Berlin gegangen.

Die **Ergebnisse von Lausanne** würden weder nach der finanziellen noch nach der politischen Seite hin der Regierung v. Papen ein gutes Zeugnis ausstellen. Nachdrücklich müsse an der Verantwortung Hitlers für das Kabinett Papen festgehalten werden. Eine Darstellung der wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Ziele der Zentrumspartei bildeten den Schluß der Ausführungen des Staatspräsidenten. Dabei betonte er nachdrücklich die Forderung, daß die **Reichsbahn** wieder unter die Herrschaft des Reiches kommen müsse und sich im Sinne eines gemeinnützigen Unternehmens betätigen müsse, besonders hinsichtlich der Tarifpolitik. Der Staatspräsident schloß mit dem Hinweis auf die großen imposant verlaufenen Brüning-Versammlungen in Süddeutschland, die als ein symptomatisches Zeichen für den **Wahlausgang** am 31. Juli gewertet werden müßten. Die Rede wurde wiederholt von starkem Beifall unterbrochen.

Rebschädlingsbekämpfung

Das **Badische Weinbauinstitut** gibt folgendes bekannt: Zahlreiche Regenfälle und warme Temperatur haben eine starke Ausbreitung der Peronospora in schlecht oder unsachgemäß bespritzten Rebstöcken an Blätter und Gescheinen bedingt. Ebenso trat in allen nicht zweimal mit Giftbrühen behandelten Rebstücken der Heuwurm stark auf und vernichtete bis ein Drittel der in Aussicht stehenden Ernte. Da seit kurzem die Sauerwurm-Motten bereits fliegen und mit einem starken Sauerwurmfraß gerechnet werden muß, wenn nicht besonders große Hitze eintritt, müssen gegen Ende des Monats vor allem die Träubchen mit einer Brühe bespritzt werden, die gleichzeitig gegen Peronospora und Wurm wirkt. Als solche kommen in Betracht: einprozentige Kupferkalkbrühe unter Zusatz von 150—200 Gramm eines Grünpräparates je Hektoliter oder mit dem Zusatz von 500 Gramm eines Kalkarsenates, ferner 1,5prozentige Fungurankalk-, Nosprasenkalk- oder Nosprasitbrühe oder eine einprozentige Kupferkalkbrühe mit Zusatz von 1,5 Kilogramm eines 10prozentigen Tabakextraktes. Zur verstärkten Wirkung gegen den Sauerwurm kann man den Arsenkupferbrühen noch 1,5 Kilogramm 10prozentigen Tabakextrakt auf den Hektoliter zusetzen. Sollte der Mottenflug stark einsetzen, dann stäubt man zweckmäßig die Träubchen sofort mit einem arsenhaltigen Stäubmittel und spritzt außerdem noch gegen Monatsende. Auch der Mehltau (Oidium) ist mehrfach festgestellt worden. Um diese Pilzkrankheit zu bekämpfen, ist überall, wo sie auch nur in Spuren auftritt, sofort zu schwefeln. Jungreben und Rebschulen müssen alle 8—10 Tage bis Ende August mit kupferhaltigen Brühen bespritzt werden. Verhagelte Reben müssen, auch wenn die Träubchen abgeschlagen sind, doch mit 10prozentiger Kupferkalkbrühe gespritzt werden, um die Blattreste, die für die Ernährung des Rebstockes von Wichtigkeit sind, zu erhalten.

Arbeitslosenbeiträge für Hütekinder

Es sind Zweifel entstanden, ob die nach der Notverordnung vom 15. Juni zu leistende Arbeitslosenhilfe auch für die **Hütekinder** in **Schwarzwaldbetrieben** mit der Krankenversicherung an die Ortskrankenkassen zu leisten ist. Nach Prüfung dieser Frage macht die Landwirtschaftskammer darauf aufmerksam, daß die Hütekinder im Schwarzwald gemäß Kapitel 2 § 3 der Notverordnung als von der Abgabe befreit anzusehen sind. Es handelt sich bei den Hütekindern um „geringfügige Beschäftigungen" im Sinne des § 75 a des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, weil die Hütekinder wohl fast ausnahmslos nur freien Unterhalt und in der Regel noch Kleidung haben, deren Wert nicht höher als 10 RM in der Woche zu schätzen ist.

Aus den Parteien

Die **Eiserne Front** in Baden erläßt zum Demonstrationsverbot einen Aufruf, indem sie auffordert, an Stelle der nun verbotenen Aufmärsche machtvolle Versammlungen abzuhalten und in dem sie vor Provokationen warnt. Aktivität, Einigkeit und Disziplin sei die Parole.

Die **Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei** hat für **Baden** für die Reichstagswahl folgende **Kandidaten** nominiert: 1. Robert Wagner, Schriftsteller, Karlsruhe; 2. Robert Roth, Landwirt und Zimmermann, Liedolsheim; 3. Johannes Rupp, Rechtsanwalt, Karlsruhe; 4. Hans Ludin, Schriftleiter, Freiburg i. Br.; 5. Otto Wetzel, Ingenieur, Heidelberg; 6. Ludwig Huber, Hofbauer, Schwarzhof bei Ibach; 7. Willy Ziegler, Arbeiter, Heidelberg; 8. Hans Helwig, Kanzleiassistent, Hemsbach (Bergstraße).

Aus der Landeshauptstadt

Das **Schöffengericht** verurteilte den 36 Jahre alten Ratschreiber Jakob **Hochdörfer** aus Oberweier (bei Ettlingen) wegen Amtsunterschlagung und Urkundenvernichtung zu sechs Monaten **Gefängnis**. Der Verurteilte hatte in den Jahren 1929/31 als Hilfsbeamter des Grundbuchamtes in Oberweier 171 RM zuviel erhobener Gebühren für sich verbraucht. Außerdem hatte er quittierte Justizgefällrechnungen vernichtet, um die Aufdeckung der Gebührenüberforderungen zu vermeiden.

Zwei schwere Verkehrsunfälle. Das dreijährige Söhnchen des Mechanikers **Storf** aus der Südstadt wurde in der Ettlinger Allee von dem Personenkraftwagen eines Pforzheimer Fabrikanten überfahren und **sofort getötet**. Das Kind, dessen Mutter in einem naheliegenden Garten beschäftigt war, war in einem unbewachten Augenblick über die Straße gesprungen, als gerade das Auto dahergefahren kam. — Ein **Motorradfahrer**, der nach Zeugenaussagen eine Geschwindigkeit von etwa 70 Stundenkilometer hatte, raste in voller Fahrt auf einen Lastkraftwagen mit Anhänger. Während der Motorradfahrer unverletzt davonkam, wurde sein Soziusfahrer, ein verh. Polsterer von hier, vom Fahrzeug geschleudert und vom Anhänger des Lastwagens überfahren. Mit schweren Verletzungen, die sein Aufkommen bezweifeln lassen, wurde der Unglückliche ins Städtische Krankenhaus eingeliefert.

Handgreifliche politische Auseinandersetzungen. Ein Kommunist und ein Nationalsozialst wurden festgenommen, weil sie gestern abend auf dem Stephansplatz aus politischen Beweggründen mit Fahrrädern aufeinander einschlugen und sich dabei gegenseitig verletzten. Ferner wurden 3 Nationalsozialisten als Täter bei einer Schlägerei, die sich vergangene Nacht Ecke Kaiser- und Karlstraße abspielte, festgenommen. Sie hatten zusammen mit mehreren Gesinnungsgenossen einige politische Gegner angegriffen und mißhandelt. Kurz nach Mitternacht hatten die Vorgänge ein Nachspiel auf dem Ludwigsplatz. Hier wurden einige Nationalsozialisten von politischen Gegnern überfallen, konnten sich jedoch in einem Hause in Sicherheit bringen. Der Ludwigsplatz mußte polizeilich geräumt werden.

Sommer-Operette im Städtischen Konzerthaus. Das Programm der Sommer-Operette sieht für Mittwoch, den 20. Juli eine Wiederholung der bis jetzt erfolgreichsten Operette der diesjährigen Spielzeit **„Gräfin Mariza"**, von Emmerich Kálmán, vor. Die bisherigen Aufführungen waren nahezu ausverkauft, ein Beweis dafür, daß die Operette auch hier ihre bekannte Anziehungskraft ausübt. Beginn der Vorstellung 20 Uhr.

Wetterbericht der Badischen Landeswetterwarte, Karlsruhe, vom Mittwochmorgen: Die Druckverteilung hat sich auch heute nicht wesentlich geändert. Unverändert liegt der hohe Druck auf dem Ostatlantik, der tiefe über der Ostsee, so daß wir uns in maritimer Luft am Rande des hohen Druckes befinden. **Voraussage:** Im wesentlichen Fortdauer der bestehenden, mäßig warmen Witterung.

Kurze Nachrichten aus Baden

Wahllokale für Ausflügler

Am Wahlsonntag, den 31. Juli, werden auf dem **Feldberger Hof**, auf dem **Schauinsland** und auf dem **Belchen** Wahllokale für Wanderer und Ausflügler eingerichtet, so daß diese ihrer Wahlpflicht genügen können, vorausgesetzt natürlich, daß sie im Besitz eines Stimmscheins sind.

bld. **Mannheim**, 19. Juli. Die im Mai abgehaltene **DLG.-Wanderausstellung** ist, nach den jetzt erfolgten Abrechnungen, von 290 674 Personen besucht worden. Mannheim rückt damit an die 10. Stelle aller bisher veranstalteten DLG.-Ausstellungen. Ein endgültiger Rechnungsabschluß liegt zur Zeit noch nicht vor, doch ist nach Blättermeldungen mit einem, wenn auch in erträglichen Grenzen sich haltenden **Zuschuß** zu rechnen.

DZ. **Pforzheim**, 19. Juli. Nach kurzem schweren Leiden ist der um seine Vaterstadt hochverdiente Exporteur Emil **Schlesinger** nahezu 80 Jahre alt aus dem Leben geschieden. Aus einer alten Pforzheimer Familie stammend, gründete er 1872 eine Schmuckwarenfabrik, die sich sofort auf die Ausfuhr einstellte und besonders den ägyptischen Markt erschloß. Schlesinger gehörte sieben Jahre hindurch dem Bürgerausschuß an und betätigte sich in zahlreichen Organisationen und Vereinen zum Wohle der Stadt und ihres Wirtschaftslebens.

DZ. **Bruchsal**, 20. Juli. Zollverwalter a. D. Franz Anton **Röttinger** wurde im 90. Lebensjahre durch den Tod von seinem schweren Leiden erlöst. Der Verstorbene war in Hardheim (Amt Buchen) geboren und in Mannheim, Basel, Heidelberg, Offenburg und zuletzt (seit 1902) in Bruchsal im Zolldienst tätig. 1911 trat er in den Ruhestand.

bld. **Offenburg**, 19. Juli. Vertreter der Bezugsgemeinden des Elektrizitätswerks Mittelbaden AG. Lahr hielten hier eine Versammlung ab, um den sogenannten **Raumgebührentarif** zu prüfen, der jedoch bei den Gemeindevertretungen ohne Ausnahme **abgelehnt** wurde, da er sich besonders für die Kleinverbraucher äußerst ungünstig auswirke. Das Ergebnis der Besprechung wird dem Verband badischer Gemeinden und dem Landtag zugeleitet. Eine Senkung der **Strompreise** seitens der Gemeinden gegenüber ihren Abnehmern wurde nach den derzeitigen Verhältnissen nur dann als möglich bezeichnet, wenn zuerst das Werk seine Preise gegenüber den Abnehmergemeinden senkt.

bld. **Freiburg**, 19. Juli. Ungefähr 120 Teilnehmer der **französischen Wohnungsbaukomission**, die in Mühlhausen eine Tagung abhielt, besuchten Freiburg und besichtigten die in der Nachkriegszeit errichteten **Kleinwohnungen**. Bürgermeister Hölzl, der die Gäste willkommen hieß, benutzte die Gelegenheit, die Notwendigkeit der Freiburger Klinikbauten darzulegen, die in der französischen Presse als Luxusbauten bezeichnet worden waren.

DZ. **Singen a. H.**, 19. Juli. Bei Brunnengrabungen auf dem neuen Friedhof und in seiner Umgebung stieß man in 4 Meter Tiefe auf eine **Kohlensäurequelle**.

Handel und Wirtschaft

Devisennotierungen der Reichsbank

(Amtlich)

	20. Juli Geld	20. Juli Brief	19. Juli Geld	19. Juli Brief
Amsterdam 100 G.	169.73	170.07	169.73	170.07
Kopenhagen 100 Kr.	80.82	80.98	80.97	81.13
Italien . . 100 L.	21.49	21.53	21.50	21.54
London . 1 Pfd.	14.98	15.02	14.98	15.02
New York . 1 D.	4.209	4.217	4.209	4.217
Paris . . . 100 Fr.	16.485	16.525	16.485	16.525
Schweiz . . 100 Fr.	81.89	82.05	81.90	82.06
Wien 100 Schilling	51.95	52.05	51.95	52.05
Prag . . . . 100 Kr.	12.465	12.485	12.465	12.485

Badisches Landestheater

Sommer-Operette im Städt. Konzerthaus

Donnerstag, 21. Juli 1932

Die Dollarprinzessin

Operette von A. M. Willner und F. Grünbaum

Musik von Leo Fall
Dirigent: Zilzer
Regie: Reißner
Mitwirkende:
Löser, Bauer, Schönthaler, Eberl, Toriff, Macher, Schwarz, Schnitzer, Kratzer, Mehner, Mateo

Anfang 20 Ende geg. 23
Preise 1—3 RM

Fr. 22. 7. Gräfin Mariza. Sa. 23. 7. Zum erstenmal: Die Geisha. So. 24. 7. Die Dollarprinzessin.

Zur Einmachzeit

empfehlen wir unseren Mitgliedern:

Kristallzucker Pfund **37** Rpf
Grießzucker . Pfund **39** Rpf
Bei Abnahme von 100 Pfund 1 Pfennig billiger L.971

Opekta (Einmachhilfe) Paket **23** u. **45** Rpf
Opekta flüssig, Flasche **86** Rpf u. **1,53** RM
Salizylpulver . . . . . Paket **7** Rpf
Salizylpapier . . . . . Rolle **15** Rpf
Cellophanpapier Doppelpackung **25** Rpf

Abgabe nur an Mitglieder

Lebensbedürfnisverein

Formulare und sämtliche Drucksachen für Behörden liefert prompt und preiswert **G. BRAUN G.M.B.H.** vorm. G. Braunsche Hofbuchdruckerei und Verlag Karlsruhe, Karl-Friedrich-Straße 14. Telef. 952-954

Südwestliche Baugewerks-Berufsgenossenschaft Reichsunfallversicherung

Bekanntmachung

I. Am **7. August 1932, vormittags 9 Uhr**, wird im Rathaussaal in **Wertheim** die

50. ordentliche Genossenschaftsversammlung

abgehalten, zu der die Delegierten gemäß § 11 Artikel 1 der Satzung hiermit eingeladen werden. Anderen Mitgliedern der Genossenschaft, die nicht Vertreter zur Genossenschaftsversammlung sind, kann zu einzelnen Punkten der Tagesordnung Zutritt ohne Stimmrecht gewährt werden.

Tagesordnung:

1. Genehmigung der Niederschrift der 49. ordentlichen Genossenschaftsversammlung vom 19. Juli 1931.
2. Geschäfts- und Rechenschaftsbericht über das Jahr 1931 für Berufsgenossenschaft und Zweiganstalt.
3. Prüfung und Abnahme der beiden Jahresrechnungen; Bericht der Rechnungsprüfer.
4. Beschlußfassung über den Voranschlag der Verwaltungskosten für das Jahr 1933.
5. Wahl der Mitglieder des Rechnungsprüfungsausschusses für 1933 zur Vorprüfung der Jahresrechnung für 1932.
6. Besprechung des Jahresberichts für 1931 über die Durchführung der Unfallverhütungsvorschriften und die Maßnahmen für die Erste Hilfe; Ergebnisse der Beratung mit den Vertretern der Versicherten.
7. Bericht über die Haftpflichtversicherungsanstalt und die Unfallversicherungsanstalt des Deutschen Baugewerbes.
8. Festsetzung der Entschädigungen nach §§ 55 und 56 der Satzung.
9. Berufungen an die Genossenschaftsversammlung in Haftpflichtsachen gemäß § 906 der Reichsversicherungsordnung.
10. Verschiedenes.

II. Der Rechnungsabschluß der Zweiganstalt wird gemäß § 14 der Nebensatzung durch Aushang im Verwaltungsgebäude der Berufsgenossenschaft in Karlsruhe, Kriegsstr. Nr. 35 vom 8. August 1932 bis 22. August 1932 veröffentlicht.

Karlsruhe, den 19. Juli 1932. L.972

Der Genossenschaftsvorstand:
Ferd. Doldt.

Landesbank für Haus- und Grundbesitz e. G. m. b. H., Karlsruhe

mit Zweigstellen in Mannheim, Freiburg i. Br., Pforzheim, Kehl a. Rh.

Vermögensaufstellung per 31. Dezember 1931 auf Grund der Beschlüsse der ordentlichen Generalversammlung vom 6. Juni 1932.

Vermögensteile RM			Verbindlichkeiten RM
86 789,01	Kasse, fremde Geldsorten, Koupons		
88 791,44	Guthaben bei Banken und Bankfirmen		
170 935,89	Wechsel		
373 660,65	Eigene Wertpapiere		
1 250,—	Geschäftsanteile bei anderen Genossenschaftsbanken		
4 788 055,24	Debitoren		
249 519,91	Darlehen (gedeckt)		
390 000,—	Bankgebäude		
40 000,—	Einrichtungsgegenstände		
481 517,11	Liegenschaften		
	262 200,45 RM Avalschuldner		
	Banken		205 308,88
	Einlagen in laufender Rechnung		1 082 389,47
	Spareinlagen		
	a) mit täglicher Kündigung	473 491,58 RM	
	b) „ monatl. „	1 077 944,77 „	
	c) „ 3 „ „ und darüber	3 623 185,09 „	5 174 621,44
	Geschäftsguthaben der Mitglieder		
	a) verbleibende Mitglieder	1 541,—	
	b) ausscheidende „	158,46	1 699,46
	Hypotheken		206 500,—
	Avalgläubiger 262 200,45 RM		
6 670 519,25			6 670 519,25

Mitgliederbewegung und Haftsumme.

	Mitgl.	Anteile	Haftsumme
Stand am 1. Januar 1931	1627	1900	1 900 000,—
Zugang bis 31. Dez. 1931	176	254	254 000,—
ergibt	1803	2154	2 154 000,—
Abgang zum Jahresschluß	179	249	249 000,—
Stand am 31. Dez. 1931	1624	1905	1 905 000,—

L. 969

Landesbank für Haus- und Grundbesitz e. G. m. b. H.
Der Vorstand.

Badische Kultur und Geschichte

Nr. 29 — Beilage zur Karlsruher Zeitung (Badischer Staatsanzeiger) Nr. 167 — 20. Juli 1932

Ikarus-Jünger nach altbadischen Chroniken

Von Jos. Schleer

Blättern wir in der Chronik um ein Jahrhundert zurück, so ist es überraschend, wie sich bald nach der Erfindung der „Montgolfiere" oder der sogenannten „Luftkugeln" Parallelen finden, die der heutigen Praktik Wegweiser waren. Schon 1811 wurde, nach dem Mißgeschick Ludwig Albrecht Berblingers, des berühmten „Schneiders von Ulm", der mit seinem Apparat in die Donau fiel, der prophetische Ausspruch getan: Die Kunst zu fliegen scheint in Deutschland immer mehr ein Gegenstand des allgemeinen Bestrebens zu werden!

Und nun hat der Chronist das Wort.

Der Wachstuchfabrikant Claudius aus Berlin machte 1810 von sich reden durch seine „Luftreisen-Künste": „Ich werde, sagt er, 1. vorher bestimmen, **wieviel Meilen** ich in einer Stunde zurücklegen und **wohin** ich reisen werde; 2. werde ich durch eine angebrachte Maschine den Ball **vom Winde ablenken**, und 3. wird meine elfjährige Tochter sich vor meiner Auffahrt 50 Fuß hoch erheben, einen Prolog sprechen, und im Herabsinken ein Solo in der Gondel tanzen!"

Über ein **Schaufliegen** orientiert ein Bericht von 1810, das Friedrich Siegmann folgendermaßen einleitet: „Da ich noch an allen Orten, wo dieses Schauspiel gegeben wurde, vorzüglich auch in Karlsruhe, Heidelberg und Mannheim, so glücklich war, großen Beifall zu ernten, so verspreche ich mir einen zahlreichen Besuch, und zwar um so mehr, als dieses Experiment mit großen Kosten verknüpft ist. I. Platz kostet 24 Kreuzer, II. Platz 12 Kreuzer, III. Platz 6 Kreuzer, und Kinder zahlen 3 Kreuzer. Zwischen 7 und 8 Uhr werde ich einen erleuchteten Luftballon von ansehnlicher Größe steigen lassen." Tags darauf erschien eine weitere Anzeige: „Gestern Abend war der Windzug so groß, daß es mir beinahe unmöglich war, den Ballon zu füllen; die dadurch entstandene Verzögerung ist daher nicht meine Schuld. Wenn mich die übermorgige Witterung begünstigt, so hoffe ich, den allgemeinen Beifall des Publikums zu erlangen." — Ganz anders dagegen wirkt die humorvolle Einladung des ehemaligen Freiburger Schauspielers Becker nicht nur auf die Neugier seiner Zeitgenossen, als auch auf den Leser der Gegenwart, wenn er schreibt: „Aus guten Gründen bin ich entschlossen, vorderhand bloß **von der Luft** zu leben. Ich habe daher einen Luftballon verfertigt und werde denselben nächsten Sonntag abend 4 Uhr steigen lassen. Ich habe es weder an Mühe noch an Kostenaufwand fehlen lassen, den billigen Erwartungen zu entsprechen: sie berechtigen mich zu der Hoffnung, daß mein Unternehmen Teilnahme finden und mein Luftballon kein Luftschloß sein werde." Leider ist der Ballon beim Füllen verbrannt. —

Etwas erfolgreicher war schon der Uhrmacher Degen mit seiner Flugmaschine. Am 27. Mai 1811 sollten diesmal die Ungläubigen überzeugt werden, daß **er** mittels der Flügel den Ball, nicht der Ball ihn und die Flügel beherrsche. Allein er löste die Aufgabe nicht ganz, denn der große Ball, an welchem er mit seiner Maschine hing, „folgte gehorsam der Richtung des Windes". Auch erhob er sich sehr mäßig über die Wipfel der Bäume und ließ sich schon nach einer Viertelstunde wohlbehalten nieder. Zahlreich war das Publikum zu diesem Schauspiele herbeigeströmt, „das noch wenig Hoffnung gibt, sich höher, als zur Spielerei zu erheben". Es fehlte eben der Motor . . . .

Als erste deutsche Fliegerin darf die Gattin des Luftschiffers Reichard, eine Braunschweigerin, angesprochen werden, die am 16. April 1811, nachmittags 5 Uhr mit einem Luftballon von 10 000 Kubikfuß im Garten der Tierarzneischule zu Berlin aufgestiegen war. Die Füllung sollte mittels Zersetzung des Wassers durch glühendes Eisen bewirkt werden; die Röhren fingen aber, wahrscheinlich wegen zu großer Beschleunigung, zu schmelzen an, und die Füllung mußte nun nach der gewöhnlichen Art mit Eisen und Schwefelsäure entwickelt werden. „Madame Reichard kam an demselben Abend drei Meilen von Berlin ziemlich glücklich wieder zur Erde." Also ziemlich glücklich. —

Der Mechanikus Friedrich Siegmann hatte 1817 „zum Vergnügen der schätzbaren Zuschauer" von der Stadt Freiburg wieder die gnädige Erlaubnis erhalten, bei günstiger Witterung einen ungeheuer großen Luftballon mit einem Knaben von 12 Jahren aufsteigen zu lassen. „Der in colossalischer Größe sich präsentierende Ballon ist 65 Schuh hoch, hält im Durchschnitt 40 Fuß, und im körperlichen Inhalt 25 000 Kubikfuß. Ich schmeichle mir mit der Vorliebe eines hohen Adels und verehrungswürdigen Publikums für Kunst und Wissenschaften." Auch das mag in der Chronik des Flugwesens als Rekord gebucht werden.

Eine andere Sensation auf dem Gebiete der Luftfahrt vermittelt eine Notiz von 1818, die Zeugnis gibt von dem großen Interesse, mit dem man das Flugwesen zu fördern suchte. Es heißt da: In der Kunst, Tiere abzurichten, in der Bekanntschaft mit ihrem Instinkte und ihren Neigungen, verbunden mit beharrlicher Geduld, übertrifft niemand den Kunstreiter Franconi. Einer der Hirsche, welche er so gezähmt hat, daß er sie nicht bloß zum Fahren und Reiten benutzen konnte, und ihrer ihnen angeborenen Scheu und Furchtsamkeit so sehr entwöhnt hatte, daß sie ruhig liegen blieben, wenn ihnen Peitschenknall um die Ohren sauste, oder man eine Pistole zwischen ihrem Geweih abfeuerte — einer dieser Hirsche wagte sich nun auch am 5. Juni in die höheren Luftregionen. Ruhig umherschauend und das Korn aus einer vor ihm stehenden Krippe fressend, stand er zwischen den Schenkeln des Luftschiffers in dem Nachen, der unter dem Ballon befestigt war, und stieg mit diesem bei schönem windstillem Wetter auf und kam 4 Stunden später wieder wohlbehalten zur Erde nieder. (Bekanntlich hatte man den allerersten Flugversuchen mit den sog. Montgolfieren Kaninchen, Hühner und Ziegen mitgegeben, bevor der Mensch sich in die Gondel setzte. Und bekanntlich hatte auch eine Katze als erster Passagier beim ersten **Rakversuch** mitgewirkt!)

Am 17. Oktober 1818 machte ein von Aachen kommender Luftschiffer zu Lippstadt bekannt, daß er mit einem Ballon, auf dem die Leipziger und Waterlooer Schlacht gar herrlich und transparent zu sehen sei, zum Olymp fahren wollte. Alles, was Beine hatte, fand sich ein, um dieses Wunderwerk anzuschauen. Endlich ist der Ballon gefüllt. Die Gondel war halb verdeckt, so daß man das Einsteigen des Luftschiffers nicht bemerken konnte. Auf einmal wurde kommandiert, die Stricke zu lösen — der Ball hob sich, und man denke sich den Schrecken! Der Mann konnte nicht so schnell in die Gondel; mit beiden Händen hielt er sich, während alles aus Furcht und Entsetzen schrie, und der Ballon sich schnell in die Höhe erhob. Erst ging eine Hand los, und er hing noch eine gute Weile in einer Höhe von drei Kirchtürmen. Alles lief ihm nach, entsetzt über das Mißgeschick — da verließ den Mann die Kraft — er fiel zur Erde! Er war jedoch heil geblieben, obwohl man geglaubt hatte, es werde kein Knochen am andern bleiben. Man kam näher und sah — einen Strohmann. Nun wollte man den Betrüger, der alle zum Besten gehabt hatte, arretieren: Aber der hatte sich mittlerweile mit dem eingenommenen Gelde aus dem Staube gemacht! — Also: ein bloßer Trick.

„Um das seltene Schauspiel ihres Herabkommens mit dem **Fallschirm** zu geben" zog Dem. Elise Garnerin vor hundert Jahren — genau 1829 — durch die Lande. „Hoch in den Lüften trenne ich mich von dem Ballon, der mich dahingeführt, um mich der leichten Haltung des aus Seidenzeug angefertigten sogenannten Fallschirms anzuvertrauen, den man, durch den bloßen Widerstand der Luft, sich über meinem Haupte entfalten sieht, und der sich dann, mich tragend, langsam senkt und mich sanft, wie einen Vogel, der sich ausruhen will, auf der Erde absetzt. Ich habe zu der — heißt es weiter — durch meinen Vater noch vervollkommneten Erfindung meines Onkels stets ein so großes Vertrauen gehabt, daß ich schon sehr jung mit diesem Experiment angefangen, es bereits 34mal mit gleichem Erfolg wiederholt und ihm immer den Vorzug vor der sonst gewohnten Weise, eine Luftschiffahrt zu beendigen, gegeben habe. Da ich noch die einzige **Aeroporiste** bin, so ist man so gütig, mir deshalb Mut und Unerschrockenheit beizulegen."

Soweit also reichten die Errungenschaften der Luftballonfliegerei in den ersten 50 Jahren; dann folgte ein langes Verharren auf demselben Niveau bis vor 25 Jahren der erste Dauerflugrekord Bleriots mit seinem Eindecker eine Entfernung von 150 Metern herausbrachte. Das war der bahnbrechende Sprung. Es hat aber nahezu 150 Jahre gewährt, bis der erste praktische Versuch des „Fliegens mit Menschen" zur praktischen Verkehrsaviatik sich durchgesetzt hatte.

Künstler der Baar

Donaueschingen, den 17. Juli 1932. Am vorigen Sonntag wurde im Städtischen Kurhaus in Donaueschingen eine Ausstellung von Bildern der Künstler der Baar eröffnet, die, wie Bürgermeister **Fischer** in seiner Eröffnungsansprache betonte, einen Überblick über das Kunstschaffen der Baar geben und zugleich die Künstler in ihrem jetzt besonders schweren wirtschaftlichen Kampfe unterstützen will. Die umfangreiche Schau ist schon wegen ihrer wirksam betonten heimatlichen Prägung ernster Beachtung wert. Aber auch ihre dekorative und bildnerische Wirkung, die eine geschickte Aufhängung begünstigt, gewährt hohen Genuß, und ihre starke künstlerische Note wird auch den anspruchsvollen Kenner angenehm überraschen.

Die reichen malerischen Reize der Baarlandschaft, die frische Klarheit ihrer Atmosphäre, ihre unvergleichlich weite Sicht über die Hochebene auf die blauen Höhen des Schwarzwalds und der Rauhen Alb leuchten uns aus den Bildern von **Carl Merz** (Pfohren) entgegen. Lauschige Plätzchen entfalten ihre stillen Reize und künden Heimatschönheit und Heimatfrieden. Besonders in den Bildern größeren Formats, in denen der Blick weithin über die vom Wolkenhimmel machtvoll überwölbten dunklen Wälder und farbentrunkenen Matten schweift, finden wir Intimität mit ornamentalem Rhythmus fein verwoben. Der bereits durch bedeutsame monumentale Schöpfungen bekanntgewordene **Hans Schroedter** (Hausen vor Wald), der in diesen Tagen seinen 60. Geburtstag feierte, zeigt sich in einigen lichtvollen Landschaften und mit stiller Freude der heimischen Flora nachgedichteten Blumenstücken von tauiger Frische als der sinnige Romantiker der Baar.

Guido Schreiber (Villingen) fängt die Köstlichkeiten der Hochebene in stillen, verträumten Aquarellen ein. In strengem, oft naturfremden Ausdruck, der weniger das Gegenständliche deutet als das innere Leben der Farben und Linien, spricht sich das Schaffen **Richard Ackermanns** (Villingen) aus. **Max Hertrampf, Paul Hirt, Carl Hornung, Alfred Wißler** seien als erfolgreiche Aussteller ebenfalls mit Auszeichnung genannt. Bilder aus dem nahen Hotzenwald zeigt **Karl Bartels**, meist in gedämpfte Farben gehüllte, schwermütige Visionen, die uns in ihren Bann zwingen und innerlich erschüttern.

Die Schau wird bereichert durch eine beseelte Bildnisbüste des Villinger Bildhauers **R. Neukum**. Die geschickte Aufmachung der Ausstellung verdanken wir dem als Porträtisten schon bekannten **Reinhold Herrmann** (Donaueschingen), der auch selbst einige gediegene Arbeiten beigesteuert hat. **Karl Höfler.**

Mein Heimatland

19. Jahrgang, Heft 5/6, Blätter für Volkskunde, Heimat- und Naturschutz, Denkmalpflege, Familienforschung, i. A. des Landesvereins Badische Heimat herausgegeben von **Hermann Eris Busse**, Freiburg i. Br.

Mit auserwähltem, fesselndem Bildschmuck ist das eben erschienene stattliche Doppelheft 5/6 Mein Heimatland versehen, weit über Baden hinaus bekannte Persönlichkeiten konnten zu maßgebenden Beiträgen gewonnen werden, verschiedenste Gebiete fanden Berücksichtigung im Land zwischen Bodensee und Main, so daß man den Herausgeber Hermann Eris Busse nur beglückwünschen kann zu dieser neuen, inhaltsreichen Heimatgabe, die einfängt durch die saubere Art der inneren Ausgestaltung wie der äußeren Ausstattung.

Ein zeitgemäßes, unworbenes Thema **„Arbeitsdienst und Naturschutz"** von **G. Klingelhöfer**, Altenburg (Thür.), eröffnet ein brennendes Thema für die Heimatbewegung insgesamt, weshalb auch die „Badische Heimat" mit dem „Heimatwerk" Verbindung aufgenommen hat, um vom Gesichtspunkt der Heimatpflege aus mitzuhelfen durch Rat und Tat. Wenden wir überhaupt, behördliche und private Instanzen, dem Freiwilligen Arbeitsdienst als einem der wichtigsten Probleme unserer Notzeit erhöhte Aufmerksamkeit zu. Der Geologie gehört die zweite Arbeit aus der Feder von Geh. Rat Dr. **Schmidle**, Freiburg i. Br. über **„Das Höwenegg"**. Man muß in Deutschland bis an den Niederrhein gehen, um wieder Derartiges zu sehen: zwei Vulkane in ihrem Zustand vor dem letzten Ausbruch.

Täglich bringen die Tageszeitungen Berichte über Brände im Schwarzwald und es läßt sich leicht errechnen, wie lange es gehen wird, bis wir einen typischen Schwarzwaldhof nicht mehr haben; daher kommt der ernsten Mahnung **„über die Denkmalpflege am Hause des Schwarzwaldes"** von Prof. Dr. O. **Gruber**, Aachen, besondere Bedeutung zu, die auch alle zuständigen Behörden anruft, mitzuhelfen, ehe es zu spät ist. In das liebliche Möhlintal zu **„Gold und Silber im Schwarzwald"** entführt uns die bekannte Romanschriftstellerin **Toni Rothmund**, Karlsruhe, und gibt Einblick in den ehemaligen Bergbau und seine „Sensationen". Die wertvolle Arbeit Grubers wird ergänzt durch ein praktisches Beispiel, den **„Pfändlerhof zu Zarten"** aus dem Jahre 1610 stammend, den der Freiburger Architekturstudent **W. A. Tschira** mit viel Geschick und feinem Spürsinn für die Eigenarten schwarzwälderischer Bauweise aufgenommen und vorbildlich dargestellt hat. Zehn maßstäbliche Zeichnungen des Verfassers erläutern den anschaulich gestalteten Aufsatz im besten Sinne des Wortes. Ins Kapitel des Heimatschutzes wie der Denkmalspflege gehört die Wiederherstellung des **„Pfarrhauses in Grafenhausen"**, die Baurat **F. Bosch** eingehend behandelt und 10 gute Aufnahmen beigibt, die beweisen, daß es gelang, aus dem Entwurfsgedanken unter Anpassung an die Bedürfnisse der Gegenwart ein künstlerisches neues Ganzes zu schaffen. Den Wandlungen der **„Volkstracht des Elztales"** im 19. und 20. Jahrhundert geht Wilhelm **Fladt** nach und zeigt in seiner für die Volkskunde wichtigen Studie die Um- und Fortentwicklung ländlicher Trachten und deren Angleichung. Ob es allerdings richtig ist — wie schön wäre es —, daß an ein langsames, nein sogar rasches Trachtensterben nicht zu glauben ist, wird sich in den nächsten paar Jährlein schon erkennen lassen.

Nicht nur der Schwetzinger Schloßgarten, einer der schönsten in Deutschland, sondern auch der **„Rastatter Schloßgarten"** hat seine merkwürdige Geschichte im Ablauf des Zeitgeschehens und Dr. G. **Peters**, Leipzig, dem wir eine vorzügliche, größere Abhandlung auch über das Rastatter Schloß selbst zu verdanken haben, stellt sie fesselnd dar an Hand alter, aufschlußreicher Pläne. In den **„Odenwald"** begleiten wir Emil **Baader**, Buchen, der in poetisch geschönten Bildern Pfingsten, Das Dorf der Kaiserkronen, Sommer, Wunder im Odenwaldgumpen, Abend in der Kleinstadt, Die Treppe erlebnishaft schildert mit einer Farbigkeit, die an Aquarelle erster **Künstler** erinnert. **„Altfränkisches von Anno 1564"** erzählt **Hedwig Salm**, ein Stück Geschichte aus der Zeit der Herren **von Rosenberg** ersteht lebendig, eines Rittergeschlechtes um die Schutz- und Trutzfeste Boxberg, das zu den machtvollsten und gewalttätigsten des fränkischen Adels zählt. Eine sprachwissenschaftliche Studie **„'s Kolmers Loch"**, **stammt von Prof. Dr. E. Ochs** und humorvolle Erinnerungen gibt Direktor Dr. **F. Fath als „Seckenheimer Uhz"** zum besten. Eine Reihe Notizen sind **„Aus dem ganzen Lande"** gesammelt, die auch die umfassende Tätigkeit des Landesvereins Badische Heimat bedeutsam erkennen lassen, und den schönen Schluß bilden familienkundliche **„Fragen"** und der anregende Bericht über die **„Deutsche Ahnengemeinschaft"** von Landrat **P. Strack**, Sinsheim a. d. E., der ja zu unseren bekanntesten Familienforschern gehört und der das „Badische Geschlechterbuch" herausgeben wird.

Reiche, reife Ernte ist es, die der Landesverein Badische Heimat seinen vielen tausend Mitgliedern im In- und Ausland immer wieder bietet und es ist eine wirkliche Ehrenpflicht des echten badischen Mannes und der wirklich badischen Frau, an den hohen, uneigennützigen Zielen dieser lebensstarken Bewegung teilzunehmen und damit teilzuhaben.

Druck G. Braun, Karlsruhe

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK — Baden-Württemberg